

Presseerklärung

AGARP: „Zusammenarbeit braucht klare Regeln: Das Recht auf freie Religionsausübung ist kein Freiticket für Gesetzeswidrigkeit“

Anlässlich des heute vorgestellten Gutachtens der Landesregierung zur Bewertung von den vier islamischen Verbänden, um über die Fortsetzung der Gespräche für einen Vertrag zur freien Religionsausübung zu entscheiden, erklärt die Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP) folgendes:

Wir begrüßen die differenzierte und sachliche Haltung der Landesregierung, Verhandlungsgespräche für einen Staatsvertrag bis bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden, zu verschieben. In unserem Land kann jeder seiner Religion– unabhängig davon welcher- frei und ungehindert nachgehen. Der Garant dafür ist unser Grundgesetz und das Religionsrecht. Zudem verpflichtet das Grundgesetz im Artikel 7 Absatz 3 den Staat, Religionsunterricht an Schulen anzubieten. Dieses Recht wird, wie gehabt, unter Landesaufsicht fortgesetzt.

Religionsfreiheit ist jedoch keine Einbahnstraße und billigt keine Misshandlung der Rechtsstaatlichkeit und unserer Demokratie. Die Zielvereinbarung ist eine wichtige Chance für DITIB und Schura, um ihre Strukturen entsprechend der Rechtsordnung hierzulande zu gestalten und sich von dem Einfluss der Herkunftsländer abzulösen. Alles, was die in Deutschland lebenden Gemeinschaften und ihren Organisationen betrifft, muss hier entschieden und mit unserer Grundordnung vereinbar sein. Wir erwarten von ihnen, dass sie alles in ihrer Macht tun, um diesen Voraussetzungen nachzukommen, um die Beziehungen mit dem Staat auf Augenhöhe führen zu können und ihre Zielgruppen dadurch mehr Teilhabe in der Gesellschaft ermöglichen.

Integrationspolitisch ist es das Ziel, dass die Ausbildung des Lehrpersonals für den islamischen Religionsunterricht und der islamischen Geistlichen in den Moscheen in Deutschland erfolgt. So, stellen wir sicher, dass die vermittelten Inhalte mit der Lebenswirklichkeit hierzulande und den deutschen Grundwerten übereinstimmen. Das mindert zum einen den politischen Einfluss der Herkunftsländer und zum anderen, können junge Menschen vor radikalen Strömungen geschützt werden, indem sie ihre friedliche

wahre Religion kennenlernen. Dafür müssen Bund und Länder die Initiative ergreifen, um die vier Lehrstühle für islamische Theologie strukturell und finanziell zu unterstützen.

Mainz, den 30.08.2018

Mit freundlichen Grüßen

Serkan Genc

Kemal Gülcehre

Werner Ruprecht